

Die Ukrainer beim Ministerpräsidenten.

Zu Fortführung der von der ukrainischen Partei gepflogenen Konferenzen empfing Ministerpräsident Graf Clam-Martinić gestern vormittags die Repräsentanten der ukrainischen Parteien. Seitens des ukrainischen parlamentarischen Verbandes erschienen Obmann Romancauk, die beiden Vizepräsidenten Petruszewicz und Eugen Lewicki und Abg. Kost. Lewicki. Im Namen des Bukowinaer Verbandes erschienen die Abgeordneten Wasilko und Lukaszewicz. Außerdem erschien Herrenhausmitglied Hofrat Horbaczewski. Der Ministerpräsident versicherte den Delegierten, die Regierung bringe den Ukrainern Wohlwollen entgegen, und erklärte, daß die Umstände, gegen die sie Beschwerde führen, nur als eine notwendige Folge der Kriegsverhältnisse zu betrachten seien. Sobald aber der Krieg ein Ende finden werde und die durch ihn hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse wieder beseitigt sein werden, sollen auch die begründeten Forderungen der Ukrainer erfüllt werden.

Obmann Romancauk sprach hierauf eingehendst über den ukrainischen Standpunkt in der Frage der Sonderstellung Galiziens und der Krakauer Enunziation des Kaisers vom 5. d., wofür letztere, wie er versicherte, bei den Ukrainern große Besorgnis hervorgerufen hat. Was die Ordnung der galizischen Frage anlangt, müsse sich das ukrainische Volk Ostgaliziens dagegen verwahren, daß man es unter das Regiment eines sondergestellten Galiziens stelle. Gleichzeitig aber verwahre es sich auch gegen eine eventuelle Angliederung der ostgalizischen, von Ukrainern bewohnten Gebiete an Polen.

Hofrat Horbaczewski besprach die Frage der ukrainischen Universität. Die Bukowinaer Abgeordneten erörterten die nach ihrer Ansicht erforderliche Teilung der Bukowinaer orthodoxen Diözese in eine ukrainische und eine rumänische.

Nach Anhörung der Ansprachen erklärte Ministerpräsident Graf Clam-Martinić, die Regierung werde die berührten Fragen einer gründlichen Erwägung unterziehen.